

Wossifche Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Schreibleitung und Verlag: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26. Fernsprecher:
Ortsverkehr: Dönhoff (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhoff 3606-3698.
Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660.

Berlin

Bezugpreis monatlich 3,90 M. (einschl. 70 Pf. Zustell- u. 1,24 M. Postgebühren), bei
Postbestellungen ausserdem 72 Pf. Bestellgeld. Anzeigen: mm-Zeile 32 Pf., Familien-Anz.
mm-Zeile 20 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

10 Pf. [Auswärts 15 Pf.] . Nr 273

Freitag, 9. Juni 1933

MORGEN-AUSGABE

Devisensperre für Auslandsanleihen

Non possumus

Eine Weltwirtschaftskrise von einer der Menschheit bis dahin unbekannten Schwere und Dauer hat in den letzten Jahren die internationalen Arbeitsbeziehungen gerüttelt. Daraus zu erklären, sehen sich genötigt, den Bankrott ihrer Wirtschaft zu erklären, ist es durch Veränderung von Theorien für private und öffentliche Schulden, sei es durch Aufgabe der Währungsparität und durch entsprechende Entwertung der in ihrer Währungseinheit kontrahierten Schulden. Zu den wenigen Ländern, die ihren Verpflichtungen bisher im großen und ganzen pünktlich nachkommen, gehörte Deutschland, obwohl es in der Kriegs- und Nachkriegszeit unter besonders harten Bedingungen wirtschaften mußte. Es kostete das deutsche Volk übermenschliche Anstrengungen, trotz der gesunkenen Kaufkraft und trotz der wachsenden Zollmauern in aller Welt Ausfuhrüberschüsse zu erzielen, welche die Rückzahlung von Milliarden kurzfristiger Gelder und die pünktliche Erfüllung eines ebenfalls Milliarden erfordernden Anleihebedienstes erlaubten. Im Laufe des letzten Jahres hat sich jedoch die Lage derart zugepoint, daß die Devisenbeschränkung zur vollen Erfüllung der Anleiheverpflichtungen nicht mehr zu erwirtschaften sind. Wenige Zahlen genügen, um die Lage zu kennzeichnen. Unser Außenhandel ist unverändert aktiv, aber die Ausfuhr beträgt nur noch 382 Millionen Reichsmark im April dieses Jahres gegenüber 818 Mill. im April 1931 und 1231 Mill. im April 1929. Der Einfuhrsaldo stellte sich im vorletzten Monat dieses Jahres auf 61 Millionen gegenüber rund 240 Millionen im Durchschnitt des Jahres 1931.

Die Reichsbank hatte angefangen dieser Lage Vertreter der Gläubiger nach Berlin berufen und mit ihnen in den letzten Wochen eingehend beraten, welche Maßnahmen ergriffen werden könnten. Sie hat jetzt der Reichsregierung mitgeteilt, daß sie am 1. Juli die Einstellung von Devisen für Zahlungen einstellen würde, denen vor der Bankleihe des Jahres 1931 entfallende Verpflichtungen zugrunde liegen. Die einzelnen Schuldner haben freilich, wie es unten und im Handelsblatt des nächsten gestrichelt wird, den Anleihebesitz in Reichsmark weiter zu erfüllen; die Verwertung dieser Gelder im Interesse der Auslandsgeber übernimmt eine neu zu gründende „Konversionskasse“. Nicht betroffen werden von dem Transferschluß die im Silbaltatendenommen unterliegenden Rechte sowie die Verpflichtungen Deutschlands aus laufenden Bauspargeschäften. Es ist ein internationaler Grundgedanke, daß die eigentlichen Form der Schulden von Zahlungsausschüssen im Interesse der Gläubiger wie des Schuldnerlandes nicht berührt werden. Im übrigen aber will die Reichsbank eine Unterscheidung zwischen den einzelnen Kreditarten machen, sei denn, daß die Verhandlungen mit Gläubigervertretern gelegentlich der demnächst beginnenden Londoner Weltwirtschaftskonferenz anderweitige Abmachungen ergeben.

Siehe! Ist vor allem an die Dames- und Young-Anleihe zu denken, Anleihen, die mit besonderen Garantien zum Schutz der Kreditgeber ausgestattet waren. Es bestand bisher eine gewisse Scheu davor, den Dienst auf derart bevorzugte Anleihen — zu denen auch die Völkerverbund-Anleihen gehören, die verschiedene Staaten aufnehmen — nicht voll zu erfüllen, und zwar unter dem Gesichtspunkt, daß dadurch die Verbindungen für künftige Emittenten erschwert würden. Vermutlich wird die Reichsbank diesen Gesichtspunkt bei ihren Entscheidungen sehr wohl berücksichtigt haben, zumal sie bemußt ist, zu ihrem Teil an der Restitutions der Weltwirtschaft tätig mitzuwirken.

Einen schwerwiegenden Schritt haben Reichsbank und Reichsregierung getan. Deutschland suspendiert vorläufig in voller Höhe den Valutaeintrag für seine Auslandsanleihen. Ueber Einzelheiten läßt sich diskutieren, und es soll darüber bedacht werden. Der Schritt, den man bis zum letzten Augenblick zu vermeiden suchte, war schließlich unvermeidlich geworden. Niemand in der Welt, der sich um ein gerechtes Urteil bemüht, wird sich dem Eindruck zu entziehen vermögen, daß wir nicht handeln konnten. Denn: ultra posse nemo obligatur.

Die Entscheidung über die weitere Behandlung der deutschen Auslandsanleihen ist gefallen. Reichsbankpräsident Dr. Schacht und die übrigen Mitglieder des Direktoriums haben in einem Schreiben an den Reichsanwalt, das wir unten im Wortlaut wiedergeben, mitgeteilt, daß die Reichsbank mit Wirkung vom 1. Juli für eine hoffentlich nur kurze Zeit die Verzinsungstellung auf alle Zahlungen einzustellen genötigt ist, welche Verpflichtungen betreffen, die vor dem 15. Juli 1931, also vor Ausbruch der deutschen Wirtschaftskrise entstanden sind. Die deutschen Schuldner sind, wie ausdrücklich betont sei, nach wie vor verpflichtet, ihre Verbindlichkeiten dem Ausland gegenüber in voller Höhe zu erfüllen. Sie müssen die jeweils fälligen Zinsen und Tilgungsbeträge in Reichsmark an eine neu zu gründende, unter Leitung der Reichsbank stehende Konversionskasse zahlen. Durch ein Gesetz vom Reichsstatistik verabschiedetes Gesetz wird bestimmt, daß die deutschen Schuldner mit dieser Reichsmarkzahlung ihre Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland abgeben haben. Sie sind dem Zugriff ihrer Auslandsanleiher nur dann unterworfen, wenn sie mit der Zahlung in deutscher Reichsmarkzahlung in Bezug kommen. Die bestehenden Stillhalteverträge bleiben von dieser Neuordnung vollkommen unberührt.

Die Reichsregierung hat gestern ferner neben einem Gesetz über Zahlungsstellen in Aufwertungssachen und einem Gesetz zur Beilegung der Rente in der Vermögenshaftigkeit ein weiteres Gesetz gegen den Verfall der deutschen Volkswirtschaft erlassen, das in einem inneren Zusammenhang mit der Regelung des Transfers für die Auslandsanleihen steht. Es wird darin eine Anleihepflicht für Vermögenswerte im Ausland über 1000 Reichsmark, die vermögenssteuerpflichtig sind, aber vor dem 1. Juli 1933 dem Finanzamt nicht angegeben worden sind, sowie eine Anleihepflicht von Devisen und Gold im Werte von über 200 Reichsmark, die entgegen den gesetzlichen Bestimmungen der Reichsbank nicht angegeben worden sind, betrieht. Der Erfüllung der Anleihepflicht bis zum 31. Juli wird Straflosigkeit zugesichert. Verstöße gegen das Gesetz werden aber unter schwere Strafe gestellt und können den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte nach sich ziehen. Diese Bestimmungen zeigen aufs neue den ernstlichen Willen der verantwortlichen Stellen in Deutschland, alle in der deutschen Volkswirtschaft vorhandenen, den legitimen Forderungen entgegenstehenden Devisenbestände zu erfassen, um so schnell wie irgend möglich die nunmehr eingeleitete Epoche des Transfer-Ausfalls für Auslandsanleihen zu überwinden.

Ueber die Einzelheiten des Transfer-Ausfalls und des Kapitalklausel-Gesetzes berichten wir im Finanz- und Handelsblatt.

Der Brief der Reichsbank

Das Schreiben des Reichsbankdirektoriums an den Reichsanwalt hat folgenden Wortlaut:

Berlin, 6. Juni 1933

Sehr geehrter Herr Reichsanwalt!

Der Bestand der Reichsbank an eigenem Gold und bedeckungsfähigen Devisen, der Ende Juni 1930 mit 3078 Millionen Reichsmark seinen Höchststand nach der Währungsstabilisierung erreicht, hat infolge der Kreditbilligungen des Auslandes im Osterferienabsatz ein rasches Verminderungsbedürfnis erfahren. Die nach der Juli-Rück 1931 getroffenen Stillhaltevereinbarungen und Devisenmaßnahmen haben die Verminderung zwar verlangsamt, jedoch nicht verhindern können, daß am 31. Mai 1933 nur noch circa 280 Millionen Reichsmark eigenes Gold und bedeckungsfähige Devisen in der Reichsbank vorhanden waren.

Wenn auch für den inneren Zahlungsvorkehr bei Aufrechterhaltung der Devisenparität die Höhe der Goldbestände für die Stillhalterstellung der Reichsbank nicht die frühere ausschlaggebende Rolle spielt, so führt doch der dauernde Goldmangel, der infolge der Reichsbank auf der schweren Gefahr, daß nicht einmal mehr für die ordnungsmäßige Bezahlung der täglich an den deutschen Außenhandelspartner benötigten Mitteln die notwendigen Devisenbestände ausreichen. Diese Gefahr wird um so größer, als mit dem fälligen Rückgang der vorhandenen Devisenreserven der Außenhandel einer immer härteren Schumpfung erleidet. Die Entwicklung der deutschen Handelsbilanz während der letzten Monate mit ihrem fast abstoßenden Ausfuhrüberschuss (Monatsdurchschnitt der ersten vier Monate 1933: 94 Millionen Reichsmark gegen 44 Millionen Reichsmark in der entsprechenden Zeit 1932) ist hierfür ein treffendes Illustration. Die wirtschaftlichen Maßnahmen in einer Reihe anderer Länder haben eine weitere Gefahr geschaffen. Wäher geriet Deutschland nach den Deviseneinlagen der höheren Ausfuhrüberschüsse früherer Monate, daß ein völliges Zusammenbrechen der Devisenreserven und damit eine weitere Schumpfung in geschehene Nähe geriet.

Der Eintritt eines solchen Zustandes darf nicht abgemerkt werden, wenn die Bezahlung der Einfuhr, insbesondere von Rohstoffen und Halbfabrikaten, nicht aufs Spiel gesetzt werden soll, deren Veredelung die Grundlage für die Beschäftigung einer hochentwickelten deutschen Arbeiterkraft bildet. Um deutschen Außenhandel und die deutsche Wirtschaft zu erhalten, ist es notwendig, die Reichsbank des Auslandes zu unterstützen. Auf dem Wege der Stillhaltevereinbarungen in der Gläubigergegenstände transferieren. Das alles überall in der Welt vorhanden wird, daß wir haben und die letzten bedenklichen Transfer-Unterhaltungen

mit Vertretern der deutschen Auslandsanleiher einen neuen Beweis erbracht.

Aus dieser Situation ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit, daß unverzüglich wirksame Maßnahmen ergriffen werden müssen, um eine weitere Verschärfung der Reichsbank zu verhindern und vielmehr eine allmähliche Wiederaufholung ihrer Reserven anzubahnen. Diese Notwendigkeit ist auch aus den Auslandsanleiher Deutschlands sowohl in den Stillhaltevereinbarungen wie in der vorerwähnten Ausdrucksprache der Vertreter der Auslandsanleiherpflicht mit uns anerkannt worden. Die bisher zur Vermeidung oder Stärkung der Reichsbankreserven ergriffenen Maßnahmen sind unzureichend geblieben. Immer wieder sind, um den Schuldnerbeiträgen entgegenzukommen, Zugeständnisse, nicht nur die Überschüsse unseres Außenhandels, sondern auch darüber hinaus fortgesetzt die eigenen Devisenreserven der Reichsbank hingegen worden.

Die Lage hat sich nunmehr so zugepoint, daß die Reichsbank zwangsweise Aufrechterhaltung des Außenhandels und damit der Zahlungsfähigkeit Deutschlands sich genötigt sieht, in der Devisenbewirtschaftung eine entscheidende Maßnahme einzutreten zu lassen. Die Reichsbank wird per 1. Juli 3. für den Transfer alle bisherigen Verpflichtungen, die bei der Bankleihe am 15. Juli 1931 bestanden, soweit sie nicht in den sogenannten Stillhalteverträgen besonders geregelt sind, Devisen für eine vorübergehende Zeit nicht mehr zur Verfügung stellen. Diese Maßnahme soll die Reichsbank in den Stand setzen, ihre noch vorhandenen Währungsgegenstände wirksam zu verteidigen und schrittweise in einem angemessenen Ausmaß der Verfügung zu stellen, wie schrittweise die Liquidation des Kredit- und Zahlungsvorkehr mit dem Ausland. Als ein wichtiges Ziel ihrer Maßnahmen hat die Reichsbank im Auge, die deutsche Währung in den freien internationalen Zahlungsvorkehr ebenso wie einzuweisen und die zukünftige Zahlungsfähigkeit Deutschlands seinen Gläubigern gegenüber baldmöglichst wieder voll wirksam werden zu lassen.

Wir sind uns bewußt, daß durch die vorgeschlagene Maßnahme den Gläubigern vorübergehend Unbequemlichkeiten auferlegt werden, glauben aber, daß es über im Interesse der Gläubiger liegt, ein solches vorübergehendes, die künftige deutsche Zahlungsfähigkeit fälschendes Opfer zu bringen, als die Gefahr einer dauernden Zahlungsstockung zu laufen. Eine solche Zahlungsstockung wünscht die Reichsbank unbedingt vermeiden zu sehen. Die richtet daher an die Reichsregierung die Bitte, durch ein entsprechendes Gesetz Vorbehalte zu treffen, daß allen deutschen Schuldner, denen die Reichsbank zur Zeit nicht die nötigen Transferdevisen geben kann, die Verpflichtung auferlegt wird, ihre Zahlungen für den vorerwähnten Dienst alle Auslandsanleiher, die vor dem 15. Juli 1931 entstanden sind, soweit sie nicht in bestehenden oder künftigen Stillhalteverträgen anderweitig geregelt werden, bis vollständig in Reichsmark zum jeweiligen Tagessatz der fremden Valuta an eine neu zu ge-